

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk.-Konto Stuttgart 5750 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 216

Altensteig, Donnerstag den 15. September 1932

55. Jahrgang

Erlaß des Reichspräsidenten

Die körperliche Ausbildung der Jugend

Berlin, 14. Sept. Die Pläne, welche schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, welche sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. September 1932 folgende von dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsminister des Innern gegengezeichneten Erlaß an den Reichsminister des Innern gerichtet:

Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Erleichterung galden. Die Stärkung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Tugend, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Berechtigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Wert an der deutschen Jugend gewidmet haben, und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Erleichterung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzuführen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendberückungung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Sitzungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

(gez.) von Hindenburg.
(gez.) von Papen.
(gez.) Freiherr von Gaus.

Das mit diesem Erlaß berufene Reichskuratorium für Jugendberückungung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, welche die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgend welcher Weise eingreifen. In dem neuen Reichskuratorium für Jugendberückungung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengestellt werden, die — mögen sie auf beruflicher oder politischer oder sonstiger Grundlage organisiert sein —, daneben aber der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben, oder in Zukunft zuwenden werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Lehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden. Durch das Reichskuratorium für Jugendberückungung soll hauptsächlich die Sportart gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geldelnsport“ eingebürgert hat, d. h. diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, in Ordnungübungen und Geländespielen seinen Körper fähigen und zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft erziehen, wo seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt werden soll.

Das Reichskuratorium für Jugendberückungung, an dessen Spitze der Reichsminister des Innern steht, wird seine Absichten und Pläne im engen Einvernehmen mit den Landesregierungen durchführen. Die Vertreter der Landesregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Wie mir erachtet, ist der zum geschäftsführenden Präsidenten des Reichskuratoriums berufene General der Infanterie, Edwin von Stülpnagel, zuletz Kommandeur des Wehrkreises 4 in Dresden gewesen.

Die deutsche Vertretung in Genf

Berlin, 14. Sept. Bei der kommenden Hauptversammlung des Völkerverbundes in Genf werden für Deutschland als Hauptdelegierte fungieren Reichsaussenminister von Neurath, Gesandter von Rosenberg und Ministerialdirektor Dr. Gaus, stellvertretende Delegierte sind Staatssekretär z. D. von Rheinbaben, Gesandter Goeppert und Gesandter Weizsäcker. Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation sind noch nicht bekannt. Ueber die Frage der deutschen Beteiligung an dem Büro zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und die in dieses Büro zu entsendenden Delegierten ist noch keine endgültige Entscheidung gefällt.

Eine Verschärfung der Lage

Ein Untersuchungsausschuß

Berlin, 14. Sept. Das vom Zentrum im Ueberwachungsausschuß mit den Nationalsozialisten erstrebte Kompromiß ist zunächst nicht zustande gekommen. Im Verlauf der Ausschusssitzung hat sich dann eine wesentliche Verschärfung der Situation dadurch ergeben, daß aus der Mitte des Ausschusses beantragt wurde, den Ausschuß als Untersuchungsausschuß zu konstituieren und den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Staatssekretär der Reichskanzlei, den Reichstagspräsidenten und die Schriftführer als Zeugen zu laden, um eine Aufklärung der Vorgänge in der Reichstagsitzung vom 12. September herbeizuführen. Der Ausschuß wurde verlagert bis zur Drucklegung des Antrages.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages konnte sich am Mittwoch nicht ganz einigen über die Auffassung der Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung. Das Zentrum hatte beantragt, daß die Abstimmung auf Aufhebung der Notverordnungen und Entziehung des Vertrauens keine staatsrechtliche Wirkung haben, weil inzwischen der Reichstag aufgelöst war. Es mit waren die Nationalsozialisten nicht einverstanden. Sie hielten daran fest, daß die Regierung auf Grund der Abstimmung zurücktreten müßte. Darauf beantragte die Bayerische Volkspartei die Einsetzung einer Untersuchung der Vorgänge.

Die Reichsregierung erscheint nicht vor dem Ueberwachungsausschuß

Berlin, 14. September. Wie wir zu dem Beschluß des Ausschusses für die Wahrung der Rechte der Volksrechte erfahren, erkennt die Reichsregierung nicht das Recht des Ausschusses an, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren. Solange Reichstagspräsident Goering seinen Standpunkt nicht geändert und damit die bekannte Voraussetzung für die Reichsregierung nicht geschaffen hat, wird sie auch auf Vorladung nicht vor dem Ausschuß erscheinen. Damit vertritt die Reichsregierung nur weiter den Standpunkt, den sie diesem und dem Auswärtigen Ausschuß gegenüber eingenommen hat.

Wiederberufung des Ueberwachungsausschusses fraglich

Berlin, 14. September. Wie das Nachrichtenbüro des V. d. Z. in parlamentarischen Kreisen hört, ist der Termin einer neuen Sitzung noch nicht festgelegt worden. Es ist danach zweifelhaft, wann und ob der Vorliegende Abg. Vöbe den Ausschuß wieder einberuft.

Wie das Nachrichtenbüro weiter hört, teilte Abg. Torgler dem Ausschuß mit, daß das bei der nächsten Hausung im Reichstag bei den Kommunisten beschlagene Buch der kommunistischen Fraktion wieder zurückgegeben worden sei. Es habe sich um ein eigenhändiges Werk gehandelt, das seinerzeit anlässlich einer Eisenbahnkatastrophe in München von der kommunistischen Fraktion angehängt worden sei.

Die Reichsregierung zur Rechtslage

Berlin, 14. Sept. Der Reichstagspräsident hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. September unter Richtsichtigung der Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung die Verlesung der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen Auflösungsverordnung verhindert. Er hat heute dem Reichskanzler mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung die Auflösung des Reichstages erst nach der Abstimmung wirksam geworden sei. Ebenso hat der Ausschuß für Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Rechtsgültigkeit der Abstimmung des Reichstages behauptet. Diese Auffassung erkennen der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung nicht an.

Darüber, an welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages erfolgt, entscheidet lediglich der Herr Reichspräsident. Die Auflösung kann entweder durch Verlesung der Verordnung vor dem Reichstag oder durch ihre Zustellung an den Reichstagspräsidenten erfolgen. Mit dem Augenblick dieser Zustellung wird die Auflösung wirksam. Sie kann in ihrer Wirksamkeit nicht von dem Willen des Reichstagspräsidenten abhängig gemacht werden.

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, mit den nach Artikel 25 der Verfassung bestellten Ausschüssen zu verhandeln. Sie muß aber, bevor sie in diese Verhandlungen eintritt, völlige Klarheit darüber haben, daß die noch vorhandenen Or-

gane des Reichstages der letzten Wahlperiode, das sind das Reichstagspräsidium und die beiden nach Artikel 25 der Reichsverfassung bestellten Ausschüsse, die von dem Herrn Reichspräsidenten vor den Abstimmungen beschlossene Auflösung des Reichstages und die darüber hinaus für die Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung anerkennen.

Ohne diese Anerkennung ist die Einladung an die Reichsregierung, vor dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, auch in sich widersprüchlich. Wäre der Beschluß des Reichstages rechtswirksam, welcher der Reichsregierung das Vertrauen entzieht, so wäre diese nur noch zur einzigen Amtshandlung verfassungsmäßig berechtigt, nämlich zu ihrer Demission. Soche des Herrn Reichspräsidenten wäre es dann, sie mit der Weiterführung der Geschäfte zu betrauen. Solange dies nicht erfolgt wäre, könnte die Reichsregierung keine Amtshandlungen irgend welcher Art vornehmen. Sie könnte also die Politik des Reiches vor den genannten Ausschüssen nicht vertreten. Solange der Reichstagspräsident und die Ausschüsse auf dem Standpunkt stehen, daß die Reichsregierung rechtmäßig gekürzt sei, können sie unmöglich verlangen, daß diese selbe Regierung vor den Ausschüssen erscheint. Auch aus diesem Grunde muß die Reichsregierung darauf bestehen, daß der Reichstagspräsident und die Ausschüsse ausdrücklich zugeben, daß die am 12. September im Reichstag durchgeführten Abstimmungen nichtig sind. Dies Eingeständnis ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Reichsregierung Vertreter in die beiden Ausschüsse entsendet.

Wenn der heute im ersten Ausschuß angenommene Antrag Wegmann die Auflösung des Reichstages beantragt, weil es an einem konkreten Anlaß zur Auflösung fehle, wie er angeblich in Artikel 25 der Reichsverfassung gefordert werde, so ist darauf zu erwidern, daß Artikel 25 Absatz 1 die Auflösung völlig in das Ermessen des Herrn Reichspräsidenten stellt. Das geht unzweifelhaft aus seinem Wortlaut hervor, in dem keinerlei Vorschrift über den Charakter des Anlasses zur Auflösung gegeben wird.

Ebenso unbegründet ist die weitere Behauptung im Antrage Wegmann, daß die Auflösung gegen Artikel 48 Absatz 3 Satz 1 verstoße. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident beauftragt ist, den Reichstag an der konkreten Ausübung eines ihm im allgemeinen zustehenden Rechts durch Auflösung zu hindern, wenn diese Auflösung zu einer Gefährdung des Wohles des deutschen Volkes zu führen droht. Die Entscheidung, ob das der Fall ist, steht allein im Ermessen des Reichspräsidenten.

Im übrigen kann daran erinnert werden, daß der erste Reichstag der Deutschen Republik am 12. März 1824 durch den Reichspräsidenten Ebert mit folgender Begründung aufgelöst wurde: „Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß der Reichstag, die auf Grund der Ermächtigungsvorgänge vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unüberändert fortzusetzen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, löse ich auf Grund des Paragraphen 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“ Der Tatbestand war genau der gleiche, wie am 12. September 1932. Auch damals handelte es sich darum, daß die Gefahr bestand, daß der Reichstag von seinem Recht zur Aufhebung von Verordnungen Gebrauch machte. Ebenso wenig wie am 12. September 1932 hatte damals vor der Auflösung eine Abstimmung stattgefunden. Die Auflösung wurde widerspruchlos anerkannt.

Weiterer Briefwechsel

Berlin, 14. Sept. Im Laufe des Mittwochs sind bei der Reichsregierung noch weitere Schreiben eingegangen, die gemeinsam von dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, Vöbe, unterzeichnet sind. Von diesem Schreiben ist eines gerichtet an den Reichspräsidenten und abschließend dem Reichskanzler zugeleitet, und ein weiteres Schreiben ist dem Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gaus, überreicht worden. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, von sich aus diesen Briefwechsel fortzusetzen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident abschließend in einem Schreiben zu den ganzen Ereignissen Stellung nehmen wird.

Für die künftige Beteiligung der Reichsregierung an den Verhandlungen der beiden Ausschüsse dürfte nach Ansicht der Reichsregierung nahestehender Kreise durchaus eine dem geistigen Verlangen der Reichsregierung entsprechende Willenserklärung des Reichstagspräsidenten Göring genügen da ja aus seinem Schreiben hervorgeht, daß er sich mit den Auffassungen des Ueberwachungsausschusses identifiziert hat.

Die Reichsregierung hat sich noch nicht mit der Frage des Termins der Neuwahlen beschäftigt, ebenso hat sie auch noch nicht zu der Frage Stellung genommen die in den letzten Beratungen des Ueberwachungsausschusses angeklungen ist, daß nämlich nach der Verfassung die beiden ständigen Ausschüsse das



Recht haben, sich als Untersuchungsausschüsse zu konstituieren und dann in dieser Eigenschaft die Mitglieder der Reichsregierung vorladen können.

Die fehlenden Höflichkeitsformeln

Berlin, 14. Sept. Wie wir zu dem Briefwechsel Göring-Hindenburg noch erfahren, enthielt der erste Brief des Reichstagspräsidenten Göring an den Reichspräsidenten weder eine Anrede noch eine Höflichkeitsformel am Schluß. Dies ist wie unterstrichen wird, das erste Mal, daß dem Reichspräsidenten ein solcher Brief zugegangen ist. Kur weil der Reichstagspräsident in dieser Form geschrieben hat, hat der Reichspräsident in gleicher Weise geantwortet.

Partei und Reichsverfassung

Berlin, 14. September. Reichstagspräsident Goering verwahrt sich in seinem zweiten Brief an den Herrn Reichspräsidenten vom 13. 9. dagegen, daß die Reichsregierung die Parteien nicht als vollgültige Repräsentanten des deutschen Volkes anerkenne. Er behauptet, daß „die Organisation des politischen Lebens verfassungsgemäß parteimäßig ihren Ausdruck findet“ und daß „die politische Willensbildung der Nation sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren“ könne. Eine Reichsregierung, die die politischen Parteien ausschalte oder vernichte, handele „gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.“

In informierten Kreisen stellt man demgegenüber fest, daß diese Behauptung in krassem Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung steht. Die Verfassung kenne nicht nur keine Parteien, sondern verurteile sogar im Artikel 130 deren Einfluß auf die Staatsgeschäfte („die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“). Vor allem aber bestimme Artikel 21, daß „die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind“. Abgeordnete, die diesem Grundgesetz nicht entsprechen, sondern sich den Befehlen verfassungsmäßig nicht verantwortlicher Parteiführer unterstellen, seien also nicht Vertreter des ganzen Volkes, und handelten gegen die Verfassung. Parteien oder Parteikoalitionen, die sich als selbständige Herrschaftsgebilde zwischen Regierung und Volk einschalten, seien verfassungswidrig. Ein Reichstag, der in fest organisierte Parteien aufgespalten sei, könne daher nicht den Anspruch erheben, legaler und einheitlicher Repräsentant des Volkswillens im Sinne der Verfassung zu sein. Er vermöge nur, der Regierung gegenüber den verschiedenen einander bekämpfenden Willensrichtungen im Volke Ausdruck zu geben.

Verfassungsmäßiger Vertreter des ganzen Volkes sei jedoch der Reichspräsident, der sich überdies durch seinen besonderen Verfassungseid zum Dienste am Volke ausdrücklich verpflichtet hat, während die Unverantwortlichkeit der parteigebundenen Abgeordneten schon darin in Erscheinung trete, daß diese keinen derartigen Eid leisten.

Führerbesprechung der Nationalsozialisten

Berlin, 14. Sept. Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht über die am Dienstag mittag gehaltene Führerbesprechung einen Bericht in dem es u. a. heißt:

In Berlin fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers eine nationalsozialistische Führerbesprechung statt, an der neben dem Reichstagspräsidenten Göring auch die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mehrerer deutscher Länder, sowie die Mitglieder der noch in Berlin versammelten nationalsozialistischen Reichstagsfraktion vollzählig teilnahmen. Nachdem Minister a. D. Dr. Frick einleitend die Bedeutung des gestrigen für die Regierung von Vapen vernichtenden Mißtrauensvotums des deutschen Volkes hervorgehoben und Reichstagspräsident Göring über die Vorgänge im Reichstag und die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Folgerungen referiert hat, gab Adolf Hitler die Richtlinien für die neue Phase des Kampfes bekannt, in den die nationalsozialistische Bewegung mit dem gestrigen Tage eingetreten ist und den sie mit dem Volk und für das Volk gegen eine reaktionäre Clique durchzuführen entschlossen ist, die die Rechte des Volkes mit Füßen tritt. Die Auffassung und das einmütige Ergebnis dieser, von stärkstem Kampfeswillen für Volk und Nation getragenen Führerbesprechung kann man wie folgt zusammenfassen:

Mit den klüglichen und zugleich strupellosesten Mitteln versuchen heute gewisse Kreise, über die die Entwicklung in Deutschland längst hinweggegangen ist, noch einmal in letzter Minute die nationale Erhebung des deutschen Volkes aufzuhalten und den Sieg der deutschen Freiheitsbewegung zu verhindern. Diesen sozialen Freiheitskampf, der mit der nationalen Freiheit untrennbar verbunden ist, hat die NSDAP. aufgenommen und sich an die Spitze des Volkes gegen seine offenen Gegner und ihre versteckten Hintermänner gestellt. Daß die NSDAP. diesen Kampf nicht um des Parlaments und materieller Vorteile willen, sondern für das deutsche Volk führt, hat die nationalsozialistische Fraktion gesehrt durch ihr Verhalten bewiesen. Die Regierung v. Vapen, die sich auf nur 42 Stimmen, auf ein Fünftel der Vertretung des deutschen Volkes „stützt“, aber trotzdem, wie sie behauptet, noch vom Vertrauen des Reichspräsidenten im Amte gehalten wird, hat es in der Hand, auf welcher Ebene sie diesen Kampf fechten will. Für welchen Weg und für welche Mittel sie sich aber auch entscheiden möge, die nationalsozialistische Bewegung fürchtet diesen Kampf nicht, denn auf ihrer Seite wird in jedem Falle nicht nur das Volk, sondern auch das Recht sein. Die NSDAP. wird ihren Gegnern so entgegenzutreten, wie sie es nach ihren Gegebenheiten verdienen und erwarten müssen. Mögen ihre Gegner aufstellen, was immer sie wollen, jede Unterdrückung des legalen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung wird zur Waffe, die sich gegen die Unterdrücker selber richtet. In untrennbarer innerer und äußerer Verbundenheit treten die Millionen der nationalsozialistischen Bewegung zu diesem entscheidenden Kampf für das deutsche Volk an, in dem Bewußtsein, daß der Angriff die beste Verteidigung ist und in der festen Überzeugung, den glänzendsten Sieg zu erringen, den die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung kennt.

Dr. Frick schloß die bedeutungsvolle Führerbesprechung mit einem begeistert aufgenommenen Heil auf Deutschland und seinen kommenden Führer und mit dem Gelöbniß: Nationalsozialist sein, heißt Kämpfer sein. Durch Kampf sind wir groß geworden. Nach elf Wabtkämpfen gehen wir in den zwölften Wahlkampf hinein und der Sieg wird unser sein.

Zentrum gegen die Regierung Vapen

Der Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:

„Am 4. Juni d. J. ist der Reichstag von der Reichsleitung mit der Begründung aufgelöst worden, daß er in seiner Zusammenlegung dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspreche. Am 12. September hat man ihn aufgelöst, weil, wie es heißt, die Gefahr bestand, daß der Reichstag die Aufhebung der erlassenen Notverordnung verlangte. In beiden Fällen waren Anlaß und Ziel gleich, der Wille zum Fortbestand einer Reichsregierung, die sich im Widerspruch zur Verfassung als „unabhängig“ erklärte und in der Volksovertretung keinerlei Vertrauen hat. Das beweist unüberlegbar das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung im Parlament. Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichstage das Recht, verordnete Notmaßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Auflösungsdekret vom 12. September hat dem Reichstag die Ausübung dieses Rechts unmöglich gemacht. Darum widerspricht diese Auflösung dem Sinne der Reichsverfassung. Die Regierung von Vapen aber arbeitete tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie brauchte einen solchen Zustand, um ihre Daseinsberechtigung daraus herzuleiten. Verhandlungen des Herrn Reichstanzlers mit Vertretern breiter Volksguppen im Parlament sind von ihm zu einem seltenen Doppelspiel benutzt worden. Statt sie zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus.“

Die Zentrumsparlei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer jährlich begründeten, arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstage bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, die Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte.

Die Regierung von Vapen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung.“

Die heutige Sitzung der Zentrumsfraktion

Berlin, 14. September. Die Zentrumsfraktion setzte heute ihre Beratungen über das Memorandum Professor Lessaerts bezüglich des Wirtschaftsprogramms weiter fort und besprach dabei auch eingehend das Wirtschaftsprogramm der Regierung Vapen. Zwischen durch berichteten die Vertreter des Zentrums im Ueberwachungsausschuß über die Bemühungen, die Nationalsozialisten zu bewegen, den gestrigen Beschluß des Ueberwachungsausschusses rückgängig zu machen. Diese Bemühungen haben aber zu keinem Erfolg geführt, im Gegenteil, durch die heutige Annahme des Beschlusses, der den Ueberwachungsausschuß als Untersuchungsausschuß konstituierte und die Regierung auffordern will, vor diesem Ausschuß zu erscheinen, ist der Konflikt noch verschärft worden.

Vorläufig keine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten

Berlin, 14. September. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, werden die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum vorläufig nicht weiter fortgesetzt, da man erst die Entwicklung im Reich verfolgen will, bezw. da die Nationalsozialisten den Ausgang der Reichstagswahl abwarten wollen.

Aufruf Hugenbergs

Berlin, 14. Sept. Dr. Hugenberg hat im Namen der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Nicht persönlicher Ehrgeiz, nicht Parteigeist, nicht alte Grundzüge dürfen in dieser Stunde das nationale Deutschland leiten, sondern nur der Blick auf unsere heilige Sache, auf das in allen Wechselfällen eigene festgehaltene Ziel. Wir rufen alle nationalen Deutschen in Stadt und Land, die mit uns für die Befreiung von den Fesseln von Versailles, für Wehrfreiheit, für Brot und Arbeit, für christlich-deutsche Kultur und für die Zukunft unserer Kinder kämpfen. Ihnen allen sind unsere Tore weit geöffnet.

Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Youngplan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen, gegen die Roten und gegen das System Brüning haben wir Schwüre ausgetauscht. Wir blieben uns treu. Es ist eine unbegreifliche Verirrung, wenn die nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Hilfe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Sachen, mit denen die Nationalsozialisten diesen blinden und wunderlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagworte, darunter das Wort „Reaktion“. Ist Reaktion die Reinigung des preußischen Staates? Ist Wehrfreiheit Reaktion? Ist Arbeitsbeschaffung Reaktion? Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Parteien. Solange das System von Weimar besteht, müssen wir Partei sein. Aber in dem Maße, in dem das Morgenrot eines organischen Volksstaates aufsteigt, fühlen wir uns als das, was wir im tiefsten Grunde sind, nämlich als die Träger der künftigen Volksgemeinschaft. Den jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Dieser neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind.

Neues vom Sage

Reichselternbund verlangt die Konfessionschule

Berlin, 15. September. Der evangelische Reichselternbund hat, den Blättern zufolge, an den Reichsinnenminister Frhr. v. Gaps ein Schreiben gerichtet, das sich vor allem mit der Frage des Reichsschulgesetzes beschäftigt. Nach Auffassung der evangelischen Elternschaft bedeute es eine „Ueberspizung des Toleranzgedankens“, wenn wegen Minderheiten, die zahlenmäßig für das Volksganze von ganz geringer Bedeutung seien, die christliche Grundlage des deutschen Schulwesens aufgegeben werde. Der Gedanke der christlichen Erziehung lasse sich auf die Dauer mit Erfolg nicht in einer christlichen Gemeinschaftsschule, sondern unter Anpassung an die deutschen Gegebenheiten allein in der Bekenntnisschule verwirklichen. Das Schreiben verlangt ferner in Preußen „die Ablösung einzelner für ein christliches Schulwesen nicht länger tragbarer Persönlichkeiten“ in der Schulverwaltung und Schulaufsicht.

Nationalsozialistische Anträge

Berlin, 13. September. Auf die in einem nationalsozialistischen Antrag gestellte Frage, ob die preußische Regierung bereit sei, die nötigen Schritte zur Verbilligung der Frachten bei der Reichsbahn sofort zu unternehmen, hat das preußische Handelsministerium folgende Antwort erteilt: „Das Staatsministerium steht bereits seit längerer Zeit wegen Verbilligung der Holzfrachten namentlich auch für minder wertvolle Holzsortimente, wie z. B. Grubenholz und Brennholz, mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und mit den beteiligten Reichsressorts in Verhandlungen.“ Nach einem im Preussischen Landtag eingebrachten Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, soll die Reichsregierung ersucht werden, aus der für das Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgeschlagenen Summe von etwa 200 Millionen Mark, einen Betrag von etwa 25 Millionen Mark für die Kleinereisenindustrie bereitzustellen und bei allen staatlichen Aufträgen die Kleinereisenindustrie stärker als bisher zu berücksichtigen.

Kabinettsrat in Frankreich

Paris, 14. September. Die Minister waren heute nachmittag unter dem Vorsitz Herriots zu einem Kabinettsrat zusammengetreten. Der Minister berichtete über die auswärtige Lage. Der Finanzminister gab näheren Aufschluß über die Verhandlungen der Konferenz von Stresa. Die französische Delegation auf dieser Konferenz wurde zu ihrer Aktivität einmütig beglückwünscht. Der Finanzminister und der Budgetminister gaben Kenntnis von dem Geschehenen über die Rentenkonvertierung, dessen endgültiger Wortlaut in einem Ministerrat feigelegt wird, der voraussichtlich am Freitag erst kurz vor Zusammentritt des Parlaments abgehalten werden dürfte.

Neuer Umsturz in Chile?

Santiago de Chile, 14. Sept. Oberst Merino, der nach dem Rücktritt des Präsidenten Savila eine provisorische Regierung gebildet hatte, ist geflüchtet und hat sich auf dem Flugplatz Elbosque verbarrikadiert. In aller Eile hat sich eine Junta aus Führern der Armee gebildet, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da es den Anschein hat, als ob Davila versuchen könnte, die Macht wieder an sich zu reißen. Der provisorische Präsident, General Blanco, ist zurückgetreten.

Bermehrung der Arbeitsgelegenheit

Berlin, 14. Sept. Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Bermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterschreitungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der Durchführungsvorschriften abwarten.

Sprengstoffanschlag in Weihenhorn

Augsburg, 14. Sept. Auf das Anwesen des Amtsanwalts beim Weihenhorner Amtsgericht, Inspektor Weber, wurde nachts eine Luftmine geworfen. Die Explosion richtete großen Sachschaden an, verletz wurde jedoch glücklicherweise niemand. Die Luftmine war 7,5 Zentimeter lang und wurde mittels einer 2 Meter langen Fündschnur zur Explosion gebracht. Die Hauswand hat ein recht großes Loch davongetragen. Die Erschütterung war auch in den umliegenden Straßen zu spüren. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Anhaltspunkt geführt. Auch das Motiv der Tat ist unbekannt.

Länderbesprechungen über Steuergutscheine

Berlin, 14. Sept. Wie wir erfahren, sind auf Freitag vormittag im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der Länderregierungen über sozialpolitische Fragen aus der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft angesetzt. Diese Konferenzen, auf der die beteiligten Reichsressorts vertreten sein werden, wird sich vor allem mit dem Problem der Steuergutscheine beschäftigen.

Auflösung des Hessischen Landtages beantragt

Darmstadt, 14. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag den Antrag eingebracht, für den Fall einer Reichstagsneuwahl den 6. Hessischen Landtag gemäß Artikel 24 der Hessischen Verfassung in der Fassung des Gesetzes vom 28. März 1929 aufzulösen. Die Neuwahlen zum Hessischen Landtag sollen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Bolivien ruft die Reserven zur Fahne

La Paz, 14. Sept. Die Jahrgänge der Reserven 1927, 1928 und 1929 sind zur Fortsetzung der Kämpfe im Chaco zu den Fahnen gerufen worden. Bolivien hat den Völkerring davon in Kenntnis gesetzt, daß es nicht in der Lage sei, den Kampf einzustellen, da es sich verteidigen müsse.

Der Umsturz in Chile

Santiago de Chile, 14. Sept. Nach dem Rücktritt des Präsidenten Davila hat Oberst Merino eine provisorische Regierung gebildet und den Posten des Präsidenten dem Oberbefehlshaber des Heeres, General Blanco, übertragen.

Unsere Zeitung bestellen!



Aus Stadt und Land

Montag, den 15. September 1932.

Das Promenadenkonzert stand gestern unter einem unglücklichen Stern. Gleich zu Beginn desselben setzte ein leichter Regen ein, der sich nach dem zweiten Musikstück so unliebsam verstärkte, daß die Stadtkapelle mit einem Marsch das Konzert abbrechen mußte, zum großen Leidwesen der Zuhörer, die sich in ansehnlicher Zahl trotz des fraglichen Wetters eingefunden hatten. Die in vorzüglicher Weise dargebotenen Musikstücke fanden starken Beifall.

Auch die gestrige **Mondfinsternis** fiel ins Wasser, das heißt, sie fand wohl statt, nur hatten die Regenwolken einen starken Vorhang vor dieses nicht alltägliche Ereignis gezogen, so daß leider von dem ganzen Durchgang der Mondschleibe durch den Erdschatten, abgesehen von einer starken Dunkelheit nichts festzustellen war. Der Eintritt in den Erdschatten erfolgte nach 8 Uhr, die größte Phase der Finsternis wurde um 10 Uhr erreicht, wo etwa Neunzehntel verschattet waren. Kurz vor Mitternacht war die ganze Mondschleibe wieder aus dem Erdschatten getreten.

Sinnlose Geldhamsterei. Nach zuverlässigen Berechnungen ist die Summe der Gelder, die gegenwärtig noch zurückgehalten oder gehamstert werden, auf über eine Milliarde RM. zu schätzen. Dieses Geld liegt verstreut in Kassen, Truhen und an anderen mehr oder weniger unsicheren Orten. Statt es bei den berufenen Sparinstituten einzuzahlen, halten manche Leute das Geld zurück, nicht achtend oder nicht wissend, wie sehr sie dadurch sich selbst und die Gesamtheit schädigen. Das Geld, das bei den Spartassen eingezahlt ist, schafft als Kredit in der Wirtschaft Arbeit und Erwerb. Je mehr Geld eingezahlt wird, desto mehr Darlehen können zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben und Unternehmungen und damit zur Arbeitsbeschaffung gegeben werden. Gehamstertes Geld ist für die Wirtschaft tot, es fehlt bei der Arbeitsbeschaffung. Das mögen jene bedenken, die Gelder, obwohl sie es im Augenblick gar nicht brauchen, zu Hause behalten, statt es bewährten Geldinstituten anzuvertrauen.

Freudenstadt, 14. September. (Ein Auge verloren.) Beim Reifigpalten kam eine Frau in Friedrichstal durch ein abdringendes Holzstück in ein Auge. Sie wurde nach Tübingen verbracht.

Calw, 14. September. Die Bautätigkeit hat den ganzen Sommer durch angehalten und auch jetzt sind wieder einige Neubauten in Angriff genommen worden. Sämtliche neuen Wohnhäuser wurden in den neu erschlossenen Gebieten im Kapellenberg und an der Stuttgarter Straße erstellt. Die neuen Gebäude kamen verhältnismäßig billig zu stehen, da die Materialien stark im Preise gesunken waren; es macht sich aber bereits ein Anziehen der Preise bemerkbar. Durch die starke Bautätigkeit waren die Bauhandwerker gut beschäftigt. — Die Kartoffelernte nimmt jetzt ihren Anfang. Der Ertrag ist im allgemeinen gut. In Bezug auf Güte befriedigt das Ergebnis nicht so sehr, wie man erwartete hatte.

Wildbad, 13. September. Die Herbstversammlung des Vereins für Bienenzucht Neuenbürg, die am letzten Sonntag hier im „Schwarzwaldhof“ stattfand, war gut besucht. Zunächst gab der Vorsitzende, Oberlehrer Frey aus Birkenfeld, einen Bericht über die heurige Honigtracht. Nach selten hat der Wald seinen Honig örtlich so verschieden gespendet, wie in diesem Jahr. Im Einzelnen hat nur ein kurzer Tastrich von Birkenfeld bis Neuenbürg und Kotendach gehonigt. Die Zimter talwärts von Höfen ab gingen leer aus. Ebenso verschieden war die Tracht in den Höhenorten links und rechts des Tales, wo sie im allgemeinen kaum befriedigte. Zu diesem unbefriedigenden Ergebnis hat wesentlich auch der Umstand beigetragen, daß durch die Rosenma-Seuche, die in diesem Frühjahr in unserem Bezirk so verheerend auftrat, viele Bienenvölker sehr geschwächt wurden und viele sogar eingingen. Es wurde daher allgemein begrüßt, daß der Vorsitzende einen Vortrag über das Wejen und die Bekämpfung dieser Krankheit hielt. Der Vortragende kam, nachdem er sich eingehend über die Krankheit und ihre Gefährlichkeit verbreitet hatte, zu dem Ergebnis, eine Entschärfung an den Landessverein zu richten, in welcher gefordert wird, daß die Rosenma-Seuche, ähnlich wie die Faulbrut, in das Reichszieherschengesetz aufgenommen wird. An der sich anschließenden Aussprache wurde als Heilmittel Chinol empfohlen.

Serrenberg, 14. September. Ein glücklicher Gedanke war die Errichtung unseres Freischwimmbades, das in der kurzen Zeit seines Bestehens einen schönen finanziellen Erfolg aufzuweisen hat. Die Einnahmen sind schon auf über 6000 Mark gestiegen und haben den Voranschlag beträchtlich überholt.

Kottweil, 14. September. (Ein altes Wahrzeichen der Stadt verschwunden.) Nun wurde die alte Schindeldrücke beim Elektrizitätswerk abgebrochen. Damit ist ein altes Wahrzeichen der alten Reichsstadt Kottweil den neuen Verkehrsverhältnissen zum Opfer gefallen. Einige hundert Jahre diente die Brücke als Uebergang über den Redar und hätte sicher noch länger standgehalten, denn das Holz ist noch zu erhalten. Bald wird eine neue Uebergangsmöglichkeit an Stelle der alten Schindelbrücke geschaffen sein und den Zugang ins Redartal und zum Elektrizitätswerk ermöglichen.

Kottweil, 14. September. (Seinen Verletzungen erliegen.) Leider ist Güterbeförderer Joseph Stöhr an den Folgen eines Motorradunfalles vorgestern Abend 65 Uhr gestorben. Seit 1900 führte er mit Fleiß, Geschick und Umsicht die Güterbeförderung.

Kausen a. N., 13. September. (Stand der Weinberge.) In den letzten Tagen beging die Reblauskommission unsere Weinberge. Sie äußerte sich sehr anerkennend über den schönen, gesunden Stand derselben, den wir der intensiven Bekämpfung der Rebrankheiten und der tierischen Schädlinge zu verdanken haben. Der Reifegrad der Trauben ist schon weit vorangeschritten. An Quantität dürfte im Durchschnitt nur ein halber Herbst zu erwarten sein — eine Folge des weniger günstigen Verlaufs der Traubenblüte.

Schramberg, 14. Sept. (Weipen als Rächer des Hauses.) Die heurige Weipenplage, begünstigt durch das schöne Wetter, hat schon manche gefährliche Situation geschaffen. So befindet sich bei einem hiesigen Gebäude nächst dem Hauseingang in der gegenüberliegenden Gartenmauer eine Weipenkolonie, die weder ausgeräudert noch vermauert werden kann. Die jederzeit kampfbereiten Tiere haben nun von ihrem Hausrecht derart Gebrauch gemacht, daß sie besonders Fremde, die bei verschlossener Türe am Hauseingang abwartend sich verhalten, plötzlich überfallen, sodaß Leute schon mehrfach gezwungen waren, schleunigst das Weite zu suchen. Der Hausbesitzer ließ nun eine Warnungstafel anbringen mit der wohl kaum einmal gelesenen Aufschrift „Warnung vor den Weipen!“

Stuttgart, 14. Sept. (Einfuhrkontingentierung für Holz.) Die Württ. Landwirtschaftsminister hat an den Reichsminister und den Reichsernährungsminister nachstehendes Telegramm geschickt: Die Einfuhrkontingentierung des Nadel- und Schnittholzes, sowie des Papierholzes und der Zellulose ist für die süddeutsche Waldwirtschaft, insbesondere für die bäuerliche und Gemeindefeldwirtschaft, eine Lebensfrage. Die Einbeziehung in die Kontingentierungsmaßnahmen der Reichsregierung ist daher nicht mehr zu umgehen.

Postamt auf dem Volksfest Vom 21. bis 23. September d. Js. wird auf dem Volksfestplatz in Stuttgart-Cannstatt ein Postamt betrieben, das für den Postdienst von 8—18.30 Uhr, für den Telegraphen- und Fernsprechschriftendienst von 8—22 Uhr geöffnet ist.

Professor Deyde experimentiert. Dem im Lübecker Calmette-Prozess zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Professor Deyde gelang es, sich schon seit einiger Zeit vollkommen unerkannt in Stuttgart aufzuhalten. Er lebt hier in einem chemisch-abtrotologischen Laboratorium seine Versuche mit Bakterienkulturen fort. Deyde hofft, daß es ihm gelingen wird, neue Forschungsergebnisse zu erzielen, die ihm eine Wiederaufnahme des Lübecker Strafprozesses und damit, wie er annimmt, eine vollkommene Rehabilitation zu ermöglichen. Die Versuche Professor Deydes scheinen trotz aller Schwierigkeiten schon so weit fortgeschritten zu sein, daß er die feste Hoffnung hat, sie in absehbarer Frist abzuschließen zu können und dann mit einem Ausnahmeantrag durchzubringen.

Heilbronn, 14. Sept. (Tödlich verunglückt.) Der zur Zeit in München weilende, auch durch seine Rundfunkdarbietungen weitbin bekannte junge und begabte Akkordeonspieler Kurt Junghans, ein geborener Heilbronner, ist, wie aus München gemeldet wird, zwischen Weßling und Argesried mit seinem Auto tödlich verunglückt. Das Auto überfiel sich und stürzte in einen Graben. Junghans wurde dabei so schwer verletzt, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus in Pasing starb.

Geisingen a. St., 14. Sept. (Tödlicher Unfall.) Auf der Steige wurde der 26 Jahre alte ledige Dipl.-Ing. Fischer aus München von einer Lokomotive erfaßt und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus gestorben ist. Der Verunglückte war bei der AGG, Berlin in Arbeit stehend — mit dem Beauftragten der Elektrifizierungsarbeiten an der Steige beschäftigt. Infolge des Geräusches einer Bohrmaschine überhörte Fischer das Warnungssignal des Sicherheitspostens, der den von oben kommenden Lokzug ankündigte.

Wilderhauzen O.A. Welzheim, 14. Sept. (Brand.) Nachts brach in einem bäuerlichen Anwesen Feuer aus, dem das Wohn- und Etkonomiegebäude sehr rasch zum Opfer fiel.

Oberlesch O.A. Rünzelsau, 14. Sept. (Ertrunken.) Beim Spielen am Obermühlwehr ist das 2 1/2-jährige Söhnchen des landwirtschaftlichen Arbeiters Köhrlein ertrunken. Das älteste Schwesterchen, das das Brüdchen retten wollte und gleichfalls in Wasser stürzte, konnte gerettet werden.

Bad Wimpfen, 14. Sept. (Gräßl. Jagd verfaßt.) Der 400 Morgen große gräßliche Jinkenhof, Gemeinde Wimpfen, wurde dieser Tage verkauft.

Wilsingen O.A. Münsingen, 14. Sept. (Tödlich abgestürzt.) Am Montag stürzte der 78 Jahre alte Alt-Bademeister Michael Hölz in der Scheune ab. Hölz erlitt schwere Verletzungen, denen er am gleichen Abend noch erlag.

Nördlingen, 14. Sept. (Nach 18 Jahren als gefallene gemeldet.) In den ersten Augusttagen 1914 rückte der verheiratete 31jährige Schriftsteller Wilhelm Winter von hier zum 12. bayr. Inf.-Regt. nach Neu-Ulm ein. Als der Bewegungskrieg zum Stehen kam, blieb nach der Schlacht um Arras jedes Lebenszeichen von Winter aus und er galt als verschollen. Nun trat aus einem französischen Umbettungslager die Nachricht ein, daß der Vermißte in der Schlacht bei Arras am 21. Oktober 1914 gefallen ist und seine letzte Ruhestätte in einem Doppelgrab bei Maison-Blanche (nördlich Arras) gefunden habe.

Kleine Anfrage wegen dem Begebau im Enschtal

Wie mir mitgeteilt wurde, hat die württembergische Forstverwaltung in Herrenals vor zwei Jahren an die Baufirma Schanz einen Begebau im Enschtal (von der badischen Grenze bis zur Epachmühle) vergeben. Die Arbeit wurde von Arbeitern der näheren Umgebung, im besonderen von Arbeitern aus Wildbad ausgeführt. Außerdem wurde auf Verlangen der Forstdirektion ein Teil der staatlichen Holzarbeiter von Vatersbronn mit eingekauft. Am Ende der Arbeit hat die Fa. Schanz in Konturs. Der größte Teil der Arbeiter hatte noch eine Lohnforderung von je 50—60 RM., die bis heute noch nicht beglichen ist. Wie nun in den letzten Tagen bekannt wurde, sollen die von der Forstdirektion an die Fa. Schanz vermittelten Arbeiter von der Forstdirektion ihren von damals rückständigen Lohn erhalten haben. Die übrigen Arbeiter haben bis heute noch nichts erhalten.

Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, die württembergische Forstverwaltung in Herrenals anzuweisen, die Lohnansprüche der übrigen Arbeiter zur Auszahlung zu bringen.

Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort. Vollmer.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Politischer Mord in Potsdam? In der Pappelallee wurde gestern Abend der Arbeiter Walter Weigner aus Bornim mit einem schweren Brustschuß besinnungslos aufgefunden. Im Krankenhaus ist er heute früh gestorben. Nach Feststellung der Nordkommission handelt es sich wahrscheinlich um einen politischen Mord. Weigner war früher Kommunist und ist dann zur nationalsozialistischen Partei übergetreten.

Sechs Bauernhöfe niedergebrannt. In dem Anwesen des Landwirts Jaeg in Hüttenheim (Elsch) brach nachts vermutlich infolge eines schadhaften Kamins, Feuer aus, das sechs große Bauernhöfe in Asche legte. Sämtliche Erntevorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beziffert sich auf rund 700 000 Francs.

Gerüstensturz in Königsberg. Bei Umbauarbeiten am alten Amtsgerichtsgebäude stürzte beim Hinaufziehen eines eisernen Trägers das Baugerüst zusammen. Vier Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen; drei von ihnen wurden schwer, einer leichter verletzt.

Von einem Fahrradddieb niedergeschossen. Der 36jährige Postzuberwachmeister Otto Tiegs wurde mittags in Wilmersdorf von einem Fahrradddieb, den er verfolgt hatte und festnehmen wollte, niedergeschossen und getötet. Der Täter, dessen Personalien noch nicht feststehen, erschloß sich dann selbst in einem Vorgarten der Mansfelder Straße.

Selbstmord Dr. Heinrich Dehmels. Der Berliner Arzt Dr. Heinrich Dehmel, ein Sohn des bekannten Dichters, hat sich in seiner Wohnung in der Potsdamer Straße mit Beronal vergiftet. Wie verlautet, sollen wirtschaftliche Schwierigkeiten den durch seine gemeinnützigen Unternehmungen in weiten Kreisen bekanntgewordenen Arzt in den Tod getrieben haben.

50 Häuser in einer italienischen Ortschaft eingeebnet. Billa Rendena wurde in der Nähe von Trient von einem Großfeuer heimgesucht, dem 50 Häuser zum Opfer fielen. 100 Menschen sind obdachlos geworden.

Buntes Allerlei

Neues Festspiel in Oberammergau

Am Sonntag fand in Oberammergau eine Gemeindeversammlung statt. Die beschloß, im Jahre 1934 das Passionspiel wieder auszuführen. Dem Passionspiel voran soll ein Festspiel geben, das die Entstehung des Passionsgelübdes im Jahre 1634 zum Gegenstand hat und zu einer Wiederholung des Gelübdes für das Jubiläumsjahr 1934 führen soll. Auf diese Weise soll die Ueberleitung zum Passionspiel selbst hergestellt werden. Das Festspiel wird etwa ein- bis einhalb Stunden dauern; um diese Zeit soll die Passion gekürzt werden.

Die englische Eisenbahn hat Ideen

Die Konkurrenz des Autos und des Flugzeuges zwingt die Eisenbahn allerdings immer mehr dazu, dem Rückgang des Personenverkehrs durch neue Ideen Einhalt zu gebieten. Die „Fahrt ins Blaue“, die auch von einigen deutschen Eisenbahndirektionen bereits mit großem Erfolg in die Praxis umgesetzt worden waren, entstammen dem Ideenbereich der englischen Bahnen, die inzwischen mit großem Erfolg auch sogenannte „Kinderüberwachungszüge“ eingeführt haben. Nun haben sie wieder etwas Neues erfunden. Die schönsten Landschaft ist nichts wert, wenn man sie nicht in Ruhe betrachten kann. Deswegen werden jetzt Züge gefahren, die Wogen mit großen Fenstern haben, und die in langsamer Fahrt die schönsten englischen Gegenden durchfahren sollen, damit man Ruhe und Muße hat, sich die Landschaft anzusehen. Die Heide- und Küstenregionen zwischen Nord-Yorkshire und Cleveland ist für die ersten Züge als Betrachtungsobjekt ausserloren worden. Und zwar fährt man zwei Züge in entgegengesetzten Richtungen eine Kreisfahrt durch die landschaftliche berühmte Gegend fahren. Da man aber nicht immer sitzen kann, werden zwei Paulen eingesetzt: eine größere, für die etwa drei Stunden vorgesehen ist, zum Baden, und eine kleinere zum Tee trinken. Da Deutschland landschaftlich ohne weiteres schöner ist als England, wird hoffentlich diese nachahmenswerte Idee bei uns in die Tat umgesetzt werden. Vielleicht müßten die Eisenbahndirektionen, München, Stuttgart und Karlsruhe, in deren Bereich die schönsten deutschen Gebirge liegen, den Anfang. Eine Kreisfahrt an der Nord- oder Ostsee oder im Rheinland würde zweifellos viele Fahrgäste anlocken.

Das Ende des Anastasia-Schwindsels

Fast fünf Jahre hindurch hat, wie sich jetzt herausstellt, eine rumänische Schauspielerin es außerordentlich geschickt verstanden, romantisch angebaute und leicht irreführende Märchen in Europa und Amerika allen Ernstes vorzumachen, daß sie die einzige überlebende Tochter des mit seiner Familie ermordeten letzten russischen Zaren sei. Angeblich habe ein junger Offizier der Wache, der sich in sie verliebt hatte, es fertig gebracht, sie den Gewehrdern und Revolvern der Volkswellen zu entreißen. Nach einer abenteuerlichen Flucht tauchte sie dann in Deutschland auf und ging später nach Amerika, wo sich sogar ein Soudair reicher Leute bildete, um die Mittel für die Durchsicherung der verschiedenen Prozesse, die notwendig erschienen, um gewisse Vermögenswerte der Zarenfamilie zu retten, auszubringen. Die Schauspielerin führte ihre Rolle so geschickt durch, daß sogar verschiedene Mitglieder der Familie Romanow oder solcher fürstlichen Familien, die mit dem letzten Zarenpaar verwandt waren, die Betrügereien als die echte Anastasia ansahen und sich für sie einsetzten. Da jedoch die amerikanischen Gerichte sehr scharfe Bestimmungen über die aktive Reanimation eines Klägers vorleben, waren die Anwälte genötigt, genauere Nachforschungen nach dem Vorleben der Anastasia anzustellen, u. a. wurden ohne ihr Wissen die Gräber in Zselaerinzburg geöffnet, in denen sich die Skelette der Ermordeten befanden. Es stellte sich dabei ganz einwandfrei heraus, daß das Skelett der Prinzessin Anastasia in jeder Hinsicht mit den Körpermerkmalen übereinstimmte. Als man ihr das Ergebnis mitteilte, bequente sie sich zu einem Geständnis, daß sie von einem ehemaligen Diener des Zaren, namens Borisow, zu dem ganzen Schwindel veranlaßt worden sei, um möglichst viel Geld herauszuschlagen. Die falsche Anastasia hat eine Erklärung unterzeichnet, in der sie ihren Betrug ausübt. Das Dokument ist den überlebenden Mitgliedern der Familie Romanow ausgehändigt worden. Wenn sie sich in ein Kloster zurückzieht, wollen die Romanows von weiteren strafrechtlichen Schritten gegen sie Abstand nehmen.

Handel und Verkehr

Ämtliche Berliner Devisenkurse vom 13. und 14. Sept.

Buenos Aires (1 Pap.-Peso)	0,913	0,917	0,913	0,917
London (1 Pfund)	14,65	14,69	14,66	14,70
Newport (1 Dollar)	4,209	4,217	4,209	4,217
Amst.-Kott. (100 Gulden)	169,23	169,57	169,28	169,62
Brüss.-Antw. (100 Belg.)	58,31	58,43	58,31	58,43
Paris (100 Fr.)	16,49	16,53	16,49	16,53
Schweis (100 Fr.)	81,18	81,34	81,23	81,39

Wirtschaft

Karl Kübler AG, Stuttgart-Göpplingen. Die Verwaltung schließt der zum 4. Oktober einberufenen ordentlichen G.V. die Einziehung von der Gesellschaft gebührenden Stammaktien im Nennwert von 600 000 RM. und Herabsetzung des Aktienkapitals von bisher 1 425 000 RM. im gleichen Ausmaße, d. h. auf 825 000 RM., vor.

Börse

Berliner Börse vom 14. Sept. Nachdem gestern noch die innerpolitische Spannung Hauptmoment für die Börsenentwicklung zu sein schien, wandte sich die Börse schon wieder mehr wirtschaftlichen Betrachtungen zu. So machte einen guten Eindruck, daß sich das Publikum, trotz der harten Rückgänge der letzten Tage, nicht von seinem Besitz trennt, ferner ging von festeren Meldungen der Londoner Börse eine Beruhigung aus, und auch die Befestigung der Metallpreise heute, ließ die Hoffnung auf eine allgemeine Erholung aufkommen. Im Verlaufe heute ließ dann unter kleinen Schwankungen ziemlich allmählich eine Erholung durch, wobei man auch auf die Diskontierungsoffnungen für die nächste Woche hinwies. Das Geschäft am Schiffahrts-, Konsum- und Kunstseidemarkt wurde hierbei etwas lebhafter. Die erhöhten Kurse benützte die Spekulation allerdings dann wieder zu Gewinnmitnahmen.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 14. Sept. Weizen märk. 206 bis 208, Roggen märk. 160-162, Braugerste 174-184, Futter- und Industrieernte 167-173, Hafer märk. 136-141, Weizenmehl 25 bis 30, Roggenmehl 21,75-24, Weizenkleie 10-10,40, Roggenkleie 8,50-8,90, Viktoriaerbsen 21-24, Futtererbsen 14-17, Tendenz: behauptet.

Fruchtmarkt, Kalen: Kernen 6,70-10,20, Weizen 9,00 bis 12,50, Roggen 8-11, Dinkel 7,50-9, Gerste 7-8, Hafer 6,25 bis 6,70 RM. - Heidenheim: Kernen 11-11,50, Weizen 10,30-10,50, Roggen 8,40-8,50, Hafer 6-6,30 RM. - Leinf. kirch: Weizen 14, Roggen 9,50, Dinkel 9-10 RM. - Ried. lingen: Gerste 7,60-8,30, Hafer 7,20, Saatroggen 8-8,50, alter Hafer 8, Weizen 8-8,40 RM. - Tuttlingen: Weizen 12-14, Gerste 8,50-10, Hafer alt 10-11, Hafer neu 7-7,20 RM.

Märkte

Seilbronner Schlachtviehmarkt vom 14. Sept. Zufuhr: 10 Bullen, 104 Jungstiere, 19 Kühe, 143 Kälber, 223 Schweine. Preise: Bullen 20-24, Jungstiere 25-33, Kühe 14-21, Kälber 25 bis 37, Schweine 45-50 RM. Marktverlauf: Großvieh, Kälber langsam, Schweine belebt.

Kalobst. Das Kalobst ist dieses Jahr außerordentlich gesucht. In alle Orte der Umgebung kommen die Händler, um es aufzulaufen. Ganze Lastwagen voll sieht man Stuttgart zufahren, ein Beweis dafür, daß das Obst anderwärts rar ist. Für das Kalobst wird 3-3,50 M bezahlt. Durch den Sturmwind am Sonntag ist eine Menge Äpfel von den Bäumen geschüttelt worden und der Handel dieser vorzeitigen Ernteträge wird in diesen Tagen allenthalben sicher lebhaft. So unwert das Obst im letzten abstrichen Jahr war, so wert ist es heute, wo in manchen Gegenden des Landes sehr wenig Obst geerntet werden kann.

Märkte

Herrenberg, 14. September. (Obstmarkt.) Zufuhr 120 Ztr. Mostobst, 5 Ztr. Tafeläpfel, 5 Ztr. Tafelbirnen, 5 Ztr. Pfäumen, 10 Ztr. Zwetschgen. Das Mostobst fand bei großem Andrang von Käufern zu 4,50-4,80 M reichenden Abzug. Tafelbirnen (Gaisbirnen und Frankfurter B-B.) waren gut gefragt und wurden mit 10-15 M, Tafeläpfel mit 6-8 M bezahlt. Das Steinobst konnte bei zögernder Nachfrage und etwas gedrückten Preisen (Pfäumen 5-7 M, Zwetschgen 6-8 M) doch alles abgesetzt werden. Nächster Markt Samstag.

Württ. Hütenaktion Stuttgart v. 13. Sept. Die gesamte Auktion verlief bei normalem Besuch gut und brachte - durchweg aber ohne Daufstimmung - Aufschläge bei sämtlichen Großviehhäuten. - Die Kalbelle gingen in den leichten Klassen flott und in den mittleren Klassen etwas zurückhaltender, aber beide Klassen erhielten mehrere Biennis Aufschläge. - Ochsenhäute bis 29 Pfd. 30, 30-49 Pfd. 30, 50-59 Pfd. 40,25-42,5, 60-70 Pfd. 46-49,25 (2 Lote 51), 80-100 Pfd. 40-43; Kinderhäute bis 29 Pfd. 43, 30-49 Pfd. 39-45,25, 50-59 Pfd. 48,5-53, 60 bis 79 Pfd. 50-54,5, 80 und mehr Pfd. 50,25; Kuhhäute bis 29 Pfd. - 30-49 Pfd. 32,75-35, 50-59 Pfd. 41-44,25, 60-79 Pfd. 48,25-52,25, 80 und mehr Pfd. 51; Bullenhäute bis 29 Pfd. 32,5, 30-49 Pfd. 28,5-33, 50-59 Pfd. 30-33, 60-79 Pfd. 27-30, 80-99 Pfd. 24,5-28,5; Kalbelle Schuß 35,25, Trefferfelle 32, Schaffelle vollwollig 20, Lammfelle -.

Wein

Vermittlungsstelle für Weinversteigerungen. Der Württembergische Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften e.B. in Stuttgart, Johannesstraße 86, hat im Einvernehmen mit dem Württembergischen Weinbauverein e.B. eine Vermittlungsstelle für Weinversteigerungen eingerichtet. Die Weinärznergenossenschaften, Weinärznervereine und die Verwaltungen der Weinlänker sind ersucht, dieser Stelle alle Weinversteigerungen unter gleichzeitiger mündlicher Angabe des zur Versteigerung gelangenden Erzeugnisses mittels Fernsprecher unter der Rufnummer Stuttgart 24 141 oder durch besonderes Schreiben mitzuteilen. Die Vermittlungsstelle wird auf Anruf jederzeit Auskunft über die bei ihr angemeldeten Versteigerungen geben.

Konkurse

Firma Viehmann & Broda, Herrenkleiderfabrik in Stuttgart, Christoffstraße 8, unter Ablehnung eines Vergleichsverfahrens.

Vergleichsverfahren

Paul Dürr, Bauhilfsverein in Cannstatt, Olgastraße 4.

Letzte Nachrichten

Eisenbahnkatastrophe bei Oran

Paris, 14. September. Havas meldet aus Oran: Ein Zug, der 510 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Fremdenlegion von Bel-Abbes nach Uchidja beförderte, ist heute nachmittag in der Gegend von Tlemcen in eine Schlucht gestürzt. Nach den ersten Meldungen sind 50 Tote und 80 Verletzte zu verzeichnen. Die Katastrophe soll auf einen durch starke Regengüsse verursachten Bahndammbruch zurückgehen.

Zehn Todesopfer der Militärszugkatastrophe in Algerien

Paris, 15. September. Die bereits gemeldete Katastrophe eines Militärszuges in Algerien soll nach einer Havasmeldung aus Oran 100 Todesopfer gefordert haben. Die Zahl der Verletzten belaufe sich auf mehr als 100.

Die Transoceanflieger über Sardinien

Rom, 14. September. Das Flugzeug „American Nurce“, mit dem Newcomer Dr. Albrich und Dr. Picculi gefahren, ist über Sardinien gestürzt worden.

Aushebung einer kommunistischen Geheimdruckerei

Sieben Personen verhaftet

Berlin, 14. September. Der politischen Polizei gelang es im Laufe des heutigen Tages, eine kommunistische Geheimdruckerei, in der ein Erjaßblatt für die „Rote Fahne“ hergestellt wird, auszuheben. Dabei wurden mehr als 50 000 bereits fertiggestellte Exemplare der „Roten Sturmflagge“ beschlagnahmt. Sieben Personen wurden noch bei der Druckarbeit von den Beamten festgenommen. Die „Rote Sturmflagge“ stellt seit Jahren das hauptsächlichste illegale Organ der kommunistischen Partei dar. Sie erscheint vornehmlich in größeren Auflagenziffern in Verbotszeiten der „Roten Fahne“. Der Inhalt des heute beschlagnahmten Blattes trägt hochoffiziellen Charakter; er fordert zum Massenstreik auf und beschimpft in bisher unerreichter Weise Regierung und Staatsbeamte.

Rundfunk

Freitag, 16. Sept.: 6 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten Nachrichten, Wetter, 16 Uhr Konzert, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr „Mandor“, Hörbericht von den Herbstübungen, 18.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.50 Uhr Konzertvortrag: „Denkfehler bei gesundheitlichen Fragen“, 19.15 Uhr Wetter, Ueberblick in Esperanto, 19.30 Uhr Vieder, 20.15 Uhr Schiffahrt tut not! Eine Hörfolge, 21.15 Uhr „Mozart-Abend“, 22.30 Uhr Zeit, Sportvorbericht, 22.45 Uhr Nachtflug.

Altensteig, 13. Sept. 1932.

Todes-Anzeige.



Meine liebe Tochter, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Sofie Kaltenbach

ist heute Abend 7 Uhr im Alter von 47 Jahren heimgegangen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die tiefgebeugte Mutter
Sofie Kaltenbach Witwe.

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr, Waldfriedhof.

Bringe morgen von 9 Uhr ab

billige Trauben

3 Pfund Mk. 1.—

Frau Rech.

Sehe meine 12 Jahre alte



dem Verkauf aus

Joh. Georg Stichel
Spielberg.

Zwerenberg -- Altensteig.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 17. September 1932 in unserem elterlichen Gasthaus zum „Sternen“ in Altensteig stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Christian Waidelich
Sohn des
Joh. Georg Waidelich, Landwirt
Zwerenberg

Nane Kalmbach
Tochter des
Chr. Kalmbach, Sternwirt
Altensteig

Kirchliche Trauung 1 Uhr.

Alle

Schulbedarfsartikel

kauft man vorteilhaft in der

Buchhandlung Lauk

Altensteig und Nagold.

Vier Jahrzehnte

im Sinne des Goethewortes:
**Ältestes bewahrt mit Treue
Freundlich aufgefaßt das Neue**

Mode
Schneidern
Handarbeit
Hauswirtschaft
Unterhaltung

**Beyers
Deutsche Modenzeitung**
Überall 14täglich für 45 Pfg.
Schnittmusterbogen für sämtliche Modelle

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Freie Schreiner-Innung Nagold

Samstag, den 17. September 1932, nachmittags 4 Uhr

Innungsversammlung

im Gasthaus zur „Linde“ in Nagold, in welcher Herr Treuhänder Braun über die brennenden Fragen des Schreiner-gewerbes zu uns sprechen wird.

Wir eruchen sämtliche Mitglieder um ihr pünktliches Erscheinen.

Obermeister Gabel.



KLEIN-MERCEDES

Leicht im Gewicht
Vorführung u. Bequem zu erwerben
Druckschreiben bereitwilligst Ohne Vorkenntnis zu bedienen

Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G., Zella-Mehlis in Th.

Vertretung: Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold

Anzug

chem. reinigen **4.50** Mk.

Färberei Schaupp, Stuttgart-Berg

Annahme L. Schaupp, Bügel-geschäft, Altensteig, Marktplatz

Altensteig

**Saatroggen
Saatdinkel
Saatweizen**

2. Abfaat, gibt ab
Rueff zum „Röfle“
Spielberg.

**Osram-Lampen
Sicherungen**

empfiehlt
Heinrich Müller
Flaschnerei und Install.-Geschäft
Telefon 26.